



# NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID  
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 35

12. November 2007

## Inhalt

### ▪ Seite 1

- Katalanische Infrastrukturkrise bringt Zapatero in schwere Bedrängnis

### ▪ Seite 2

- PP und PSOE bezichtigen sich gegenseitig der Lüge zum „11-M“

- Juan Carlos I. besucht unter Protesten Ceuta und Melilla

### ▪ Seite 3

- Streit um Befreiung von Spanierinnen aus dem Tschad

### ▪ Seite 4

- Mayor Oreja: Zapateros ETA-Politik gefährdet Spanien

- Übergriffe gegen Immigranten verursachen Rassismusdebatte

### ▪ Seite 5

- Über 50 Bootsflüchtlinge sterben auf dem Weg nach Spanien

- Portugiesisches Parlament debattiert Haushalt 2008

## Newsletter aus Madrid

### >> Katalanische Infrastrukturkrise bringt Zapatero in schwere Bedrängnis

Katalonien kommt nicht zur Ruhe – und daran wird sich wohl zumindest bis Ende November nichts ändern. Victor Morlan, für Infrastruktur zuständiger Staatssekretär im spanischen Bauministerium, gab bekannt, dass mindestens bis zu diesem



Zeitpunkt drei wichtige Barceloner Nahverkehrszüge nicht funktionieren werden. Zusätzlich räumte er ein, es sei nicht ausgeschlossen, dass die Züge auch im Dezember noch teilweise ausfallen würden. Grund für die Probleme sind die Bauarbeiten für den Hochgeschwindigkeitszug AVE, der die katalanische Hauptstadt mit Madrid verbinden soll. Durch den Ausfall der Nahverkehrszüge kam es in den letzten Tagen zu enormen Behinderungen des öffentlichen Lebens in Barcelona. Der Pendlerverkehr kam durch Staus und Verspätungen beinahe zum Erliegen.

Die katalanischen Emotionen kochen hoch und richten sich vor allem gegen die Madrider Zentralregierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero. Die katalanische Zeitung „El Periódico“ druckte einen Übersichts Kalender des Monats November auf die Titelseite und titelte „Noch ein Monat ohne Nahverkehrszüge“. Zudem druckte die Zeitung auf einer ganzen Seite Bilder von durch den Ausfall der Züge Betroffenen ab und überschrieb diese Galerie mit den Worten: „Die heiligen Märtyrer der Nahverkehrszüge“.



Regierungschef Zapatero (Foto) läuft immer mehr Gefahr, dass ihm die Situation gänzlich außer Kontrolle gerät. Umfragen zeigen einen enormen Rückgang seines Ansehens im bevölkerungsreichen Katalonien. Während im Juli vergangenen Jahres noch 60 Prozent

der befragten Katalanen die Politik Zapateros gegenüber Katalonien positiv bewertete, sind es jetzt nur noch 37 Prozent. Dieser Wert wird sich durch die jüngsten Erklärungen Zapateros wohl nicht erhöhen. Nachdem er einräumen musste, dass der AVE nicht, wie ursprünglich geplant, bis Jahresende seinen Betrieb aufnehmen kann, versprach der Ministerpräsident jetzt, dies werde bis zu den wohl am 9. März 2008 stattfindenden spanischen Parlamentswahlen geschehen. Zudem übernahm er per Zeitungsartikel öffentlich Verantwortung für die Infrastrukturprobleme. Gleichzeitig bat er um „Entschuldigung“ für die „Probleme im Zusammenhang mit den Bauarbeiten“. Ob Zapatero so seiner unter Druck stehenden Bauministerin Magdalena Álvarez (Foto) al-



lerdings das politische Überleben retten kann, scheint immer fraglicher. Die katalanische Zeitung „La Vanguardia“ fragt mit Blick auf die Ministerin: „Wie viele Desaster muss ein Politiker noch verursachen, um in diesem Land ersetzt zu werden?“ Gleichzeitig ruft das eigentlich zurückhaltende Blatt unverhohlen dazu auf, Zapatero im März 2008 die Stimme zu verweigern, sollte sich im Ministerium nicht die Führung ändern: „Solange Magdalena Álvarez an der Spitze des Ministeriums steht, bedeutet eine Stimme für Zapatero auch eine Stimme für die Politik, die dieses Ministerium verantwortet“.

Ministerpräsident Zapatero steckt durch die verschärfte Krise in der Klemme. Eine Entlassung Álvarez' wenige Monate vor den Wahlen könnte ihm als politische Schwäche ausgelegt werden, während ihre Beibehaltung den Vorwurf der Verkennung der Realität provoziert. Zweifelsohne bietet die andauernde Infrastrukturkrise der PP eine hervorragende Gelegenheit, die Regierung in Bedrängnis zu bringen. Da Zapatero für seine Wiederwahl dringend auf die Stimmen



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 35 |

12. NOVEMBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

in der sozialistischen Hochburg Katalonien angewiesen ist, könnte sich die aktuelle Krise zu einer wahlentscheidenden Nagelprobe für die Regierung entwickeln.

### >> PP und PSOE bezichtigen sich gegenseitig der Lüge zum „11-M“

Die spanische Politik ist vorerst weit davon entfernt, das Urteil zum Madrider Terroranschlag am 11. März 2004 („11-M“) hinter sich zu lassen. Letzte Woche hatte ein Gericht den islamistischen



tergrund des Anschlags festgestellt und 21 Angeklagte zu teilweise enormen Haftstrafen verurteilt. Dabei konnte das Gericht jedoch weder einem der Angeklagten eine Drahtzieherschaft nachweisen noch erkannte es einen Zusammenhang des Anschlags mit Al Kaida oder dem Irakkrieg. Regierung und Opposition streiten jetzt um die Deutungshoheit des Urteilspruchs. Dabei kam es zu einem harten parlamentarischen Schlagabtausch zwischen dem Generalsekretär der PP-Fraktion, Jorge Fernández Díaz, und Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba (PSOE). Für Fernández hat das Urteil die Sozialisten der Lüge überführt, da sie zwischen dem 11. März und den drei Tage später abgehaltenen Parlamentswahlen die spanische Teilnahme am Irakkrieg mit dem Attentat in Zusammenhang gebracht hatten. Die gesamte Legislaturperiode der sozialistischen Regierung habe diese „mit beleidigenden und fälschlichen Anklagen“ gefüllt. Innenminister Rubalcaba (Foto)



antwortete, diese „schmerzlichen“ Äußerungen Fernández zeigten, dass sich die PP unter Missachtung der 191 Todesopfer immer noch vor allem selbst als Opfer der Anschläge fühle. Die Aufklärungsversuche der PP seien nicht wirklich von der Suche nach der Wahrheit motiviert, sondern die Partei habe sich „vollkommen in den eigenen Lügen verfangen“. Zudem riet er der PP, im Hinblick auf die nächsten Wahlen vor dem Thema „11-M“ „wie vor der Pest“ zu fliehen.

Genau dies jedoch weigert sich der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar zu tun. In einem Fernsehinterview öffnete er die Tür erneut für eine mögliche Beteiligung der ETA am „11-M“. Er glaube nicht, so Az-

nar, dass sich die Drahtzieher des Anschlags „in weit entfernten Wüsten oder in entlegenen Bergen“ befänden. Diese Aussage war offenbar selbst Aznars eigener Partei zu viel. PP-Wahlkampfkoordinator Juan Costa machte umfassend klar, dass nur Parteichef Mariano Rajoy die Linie der PP vorgebe und „niemand sonst“.

Die PSOE versucht unterdessen weiter, den 11. März 2004 für den Wahlkampf zu instrumentalisieren. Auf ihrer Internetseite veröffentlichte die Partei ein Video (Bild) unter dem Titel „Das Urteil: Die Wahrheit gegen den massiven Betrug“. Darin werden Aussagen führender PP-Politiker zusammen-



gestellt und mit dem Gerichtsurteil verglichen. So soll die PP der Lüge überführt werden. Genau mit dem gleichen Vorwurf reagierte die PP auf das Video. In einer ungewöhnlich knappen Presseerklärung nahm die Volkspartei Stellung: „Zapatero ist mit seinen Lügen ins Amt gekommen, hat mit Lügen regiert und wird mit seinen Lügen wieder aus dem Amt scheiden“. Das Video der Sozialistischen Partei sei ein „erneuter Beweis ihrer Verzweiflung und Nervosität“. Nach den jüngsten Reaktionen gilt es als sicher, dass das Thema 11-M den Wahlkampf 2008 mitbestimmen wird. Dabei werden sich PP und PSOE beide wohl weiter gegenseitig der Lüge und des Betrugs bezichtigen. Dies dürfte die Spaltung innerhalb der spanischen Gesellschaft und die Polarisierung des Wahlkampfes weiter vertiefen.

### >> Juan Carlos I. besucht unter Protesten Ceuta und Melilla

Der spanische König Juan Carlos I. hat in der letzten Woche wie geplant den beiden spanischen Exklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, einen Besuch abgestattet. Gemeinsam mit seiner Frau, Königin Sofía (Foto), wurde er von den Menschen dort mit



begeisterten Sprechchören wie „Wir sind Spanier“ empfangen. Es handelte sich um den ersten offiziellen Besuch eines spanischen Staatsoberhauptes in den nordafrikanischen Gebieten seit dem Jahr 1933.

Das Fahnenmeer in den spanischen Nationalfarben rot und gelb löste auf der maro-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 35 |

12. NOVEMBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

kanischen Seite Befremden und Entsetzen aus. Der marokkanische König Mohammed



VI. (Foto) brachte in ungewöhnlich scharfer Form seine „Verurteilung“ des Besuches zum Ausdruck.

Dieser verletze die „patriotischen Gefühle des marokkanischen Volkes“ und bringe den „mangelnden Respekt“ der spanischen Regierung gegenüber dem Geist des bilateralen Freundschaftsabkommen von 1991 zum Ausdruck. Die marokkanische Regierung bemängelte auch den Zeitpunkt des Besuches in Melilla ausgerechnet am 6. November, dem Jahrestag des „grünen Marsches“. Am 6. November 1975 hatten rund 350.000 Marokkaner an einem Marsch für die Annexion des bisher spanischen Gebietes Westsahara teilgenommen. 32 Jahre später skandierten Demonstranten an der marokkanischen Seite der Grenze zu Ceuta und Melilla: „Ende dem Kolonialismus! Ceuta und Melilla sind marokkanisch!“

Die katalanische Tageszeitung „La Vanguardia“ sieht trotz der Proteste die spanische Monarchie nach dem Besuch gestärkt. Es sei gelungen, die Botschaft zu vermitteln, dass



die Krone das Symbol eines „pluralistischen Spaniens“ sei, dem verschiedene Religionen und Ethnien angehören. In

den letzten Wochen war die spanische Krone besonders in Katalonien in bisher kaum gekannter Form angegriffen worden. Höhepunkt der Proteste waren dabei öffentlichen Verbrennungen von Bildern der Königsfamilie.

### >> Streit um Befreiung von Spanierinnen aus dem Tschad

Die am 25. Oktober im Tschad festgesetzten spanischen Flugbegleiterinnen sind wohl auf und wieder in der Heimat. Diese Nachricht nahm ganz Spanien mit Freude auf. Über die Umstände der Befreiung jedoch entbrannte die letzte Woche über ein erbitterter politischer Streit zwischen Regierung und Opposition. Denn die Freilassung der unter der Anklage der Beihilfe zum Menschenhandel festgenommenen Frauen war vor allem der Verdienst des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy. Dieser hatte bei einem Blitzbesuch in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena den dortigen

Präsidenten Idriss Déby überzeugen können, die Flugbegleiterinnen gleich in seiner Präsidentenmaschine mitnehmen zu dürfen. Und wie es sich für einen „Gentleman“ gehört, brachte er die vier Frauen persönlich in Madrid vorbei, bevor er samt den drei ebenfalls befreiten französischen Journalisten nach Paris zurückflog.

Am Flughafen wartete gemeinsam mit den Angehörigen der Flugbegleiterinnen auch der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero. Beide Regierungschefs



hielten auf dem Rollfeld spontan eine Pressekonferenz ab (Foto), bei der Zapatero dem fran-

zösischen Präsidenten für seinen Einsatz dankte. Gleichzeitig betonten beide Politiker die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Spanien bei der Freilassung der Frauen.

Die spanische Presse und die Politik nutzten diese Steilvorlage, um über die internationale Rolle der Zapatero-Regierung zu diskutieren. Während die katalanische Zeitung „La Vanguardia“ ironisch kommentierte, „Supersarko“ habe mal wieder zugeschlagen, verging der konservativen PP wegen der angeblichen Passivität der spanischen Regierung das Lachen. PP-Generalsekretär



Angel Ácebes (Foto) sieht in der Tatsache, dass der französische Präsident spanische Gefangene befreite, einen Beweis für die „Irrelevanz“ der spanischen Außenpolitik.

Er erklärte, wenn sich Zapatero und sein Außenminister Miguel Ángel Moratinos um die Angelegenheit gekümmert hätten, befänden sich die Flugbegleiterinnen „wohl immer noch im Tschad“. Der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar äußerte sogar, er fühle sich durch diese Episode „als Spanier erniedrigt“.

Die PSOE reagierte umgehend. Die Regierung habe eng mit Frankreich zusammengearbeitet und trage aus diesem Grund entscheidende Verantwortung für die Freilassung. PSOE-Fraktionsvorsitzender Diego López Garrido entgegnete Aznar, „erniedrigend“ sei vor allem gewesen, dass der einstige Ministerpräsident während seiner Amtszeit die nationalen Interessen Spaniens zu Gunsten der Interessen der USA aufgegeben habe. Dies habe seine gravierendste

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 35 |

12. NOVEMBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Folge im Irakkrieg gehabt, in den Aznar das Land gegen die überwältigende Mehrheit der öffentlichen Meinung gezogen habe.

Damit ergriff die PSOE – mal wieder - die Gelegenheit beim Schopf, an den Irakkrieg und die Haltung der PP zu diesem zu erinnern. Dies ist wahlkampfaktisch zu verstehen, da die PSOE hofft, so potentielle Wähler emotionell anzusprechen und sie wie 2004 gegen die Volkspartei zu mobilisieren.

### >> Mayor Oreja: Zapateros ETA-Politik gefährdet Spanien

In einem ausführlichen Interview mit der konservativen Tageszeitung „La Razón“ hat der ehemalige Innenminister und heutige



Europaabgeordnete, Jaime Mayor Oreja (PP, Foto), den Umgang der Regierung mit der baskischen Terrororganisation ETA scharf kritisiert.

Für Mayor Oreja stellt die nachgiebige ETA-Politik der Regierung eine Gefahr für den gesamten Konsens der spanischen Übergangsphase zur Demokratie, der „Transición“, und damit auch für Verfassung und Legitimität des spanischen Zentralstaates dar. Gegenüber den Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen des Baskenlandes und Kataloniens mache die Regierung zu viele Zugeständnisse. Der gebürtige Baske sieht die Gefahr, dass die ETA durch die PSOE und die regionalen Parteien – allen voran die baskische PNV und die katalanische ERC – im Verhandlungsprozess als gleichwertiger Gesprächspartner behandelt werde. Die ETA und die PNV hätten bereits im „Pakt von Estella“ 1998 ein Abkommen zur Konkretisierung der angestrebten Selbstbestimmung vereinbart und mit der ERC würde sich die ETA zusammenschließen, um einen Bruch des spanischen Zentralstaates zu erreichen. Der abwarten-



de Kurs Zapateros gegenüber der ETA sei in erster Linie wahltaktisch bedingt. Für Mayor Oreja will Zapatero damit vor allem baskische Wähler gewinnen.

Der Abgeordnete der EVP-Fraktion, der seit 2004 nach der Niederlage der Volkspartei bei den spanischen Wahlen im Europäischen Parlament sitzt, kritisiert auch die Duldung der radikalen Splitterparteien ANV und PCTV, die Abgeordnete in einzelnen Kommunalparlamenten und Gemeinderäten des

Baskenlandes haben. So würden die Terroristen durch die „Hintertür“ legitimiert. Auch der Plan des baskischen Regierungspräsidenten Juan José Ibarretxe (Foto), ein Unabhängigkeitsreferendum im Baskenland abzuhalten,



sei nichts weiter als ein Projekt der ETA. Mayor Oreja glaubt nicht, dass Zapatero gegenüber der Idee eines solchen Referendums hart bleiben wird. Im Gegenteil werde er im Falle eines Wahlsieges auch mit der ETA darüber verhandeln und so das verfassungsmäßige Spanien und seine territoriale Einheit vor eine ernste Probe stellen. Auf die Frage, warum es in Spanien keinen breiten nationalen Konsens gäbe wie etwa in Frankreich, Deutschland oder Großbritannien, entgegnete Mayor Oreja, es habe immer die Angst gegeben, dass die Gespenster des baskischen und katalanischen Nationalismus gerufen würden, wenn man zu laut von „Spanien“ spreche. Diesen Komplex habe das Land bis heute nicht überwinden können.

### >> Übergriffe gegen Immigranten verursachen Rassismusbattle

Rassistische Einstellungen haben in den letzten Wochen und Monaten in Spanien wiederholt zu tätlichen Angriffen auf Immigranten geführt. Jetzt war das Opfer ein 56jähriger Kolumbianer, der gemeinsam mit seiner Frau um vier Uhr morgens in sein Madrider Haus zurückkehrte. Unter dem Schrei „Viva España“ (Es lebe Spanien) schlugen ihn mehrere junge Männer zusammen, bevor sie in einem Auto flüchteten. Der seit 2001 in Spanien lebende Mann erlitt mehrere Hämatome und einen Bruch des linken Arms. Erst rund eine Woche vorher hatte eine Überwachungskamera in der



U-Bahn von Barcelona festgehalten, wie ein junger Mann eine ecuadorianische Immigrantin

erst belästigte und schließlich mit Schlägen und Tritten brutal angriff.

Derartige, von den Zeitungen ausführlich berichtete Vorfälle, führen immer mehr zu einer gesellschaftlichen Debatte über den Rassismus. Dieser ist in der spanischen Öffentlichkeit bisher eher stiefmütterlich behandelt worden. Die dem Arbeits- und Sozi-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 35 |

12. NOVEMBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

alministerium angehörige Generaldirektorin für die Integration der Immigranten, Estella Rodríguez Pardo, bezweifelt ein allgemeines Rassismusproblem in Spanien. Trotz einzelner Vorfälle zeige die Gesellschaft als Ganze „keine rassistische Tendenz“. Nichts desto trotz räumte sie die Existenz eines „versteckten Rassismus“ ein, der sich beispielsweise bei der Vermietung von Wohnungen oder der Arbeitsplatzvergabe bemerkbar mache.

Mit 9,9 Prozent ist Spanien mittlerweile das Land mit dem höchsten Ausländeranteil in Europa. Weltweit liegen nur die USA vor dem iberischen Land. Neben Südamerika stammen die meisten Immigranten aus Marokko, Polen und Rumänien. Allerdings existiert auch eine bedeutende Kolonie westeuropäischer und dabei vor allem britischer Einwanderer.



In einer Umfrage des „Spanischen Observatoriums für Rassismus und Xenophobie“ geben 62,1 Prozent der Befragten an, die Zahl der Immigranten in Spanien sei „exzessiv“. Gleichzeitig bewerten es jedoch 65,4 Prozent insgesamt als „positiv“, wenn in einer Gesellschaft Menschen anderer ethnischer, kultureller und religiöser Herkunft leben.

### >> Über 50 Bootsflüchtlinge sterben auf dem Weg nach Spanien

Der Flüchtlingsstrom in Richtung Spanien hat in der vergangenen Woche einen neuen grausigen Höhepunkt erfahren. Ein von Senegal in Richtung Kanarische Inseln auf-



gebrochenes hölzernes Flüchtlingsboot havarierte wegen eines Motorschadens und wurde nach 16 Tagen auf hoher See an die mauretische Küste angespült. Helfer hätten die Überlebenden in „fürchterlichem“ Zustand vorgefunden, so die spanische Zeitung „El País“.

Von den ursprünglich gestarteten rund 160 Menschen kehrten nur 101 zurück an Land. Wie das spanische Rote Kreuz und der mauretische Rote Halbmond berichteten, seien viele Männer an Erschöpfung, Hunger oder Kälte gestorben, nachdem die Essensvorräte aufgebraucht gewesen seien. Die genaue Zahl der Verstorbenen bleibt unklar,

da die Toten über Bord geworfen wurden. Ein Rot-Kreuz-Sprecher sprach in diesem Zusammenhang von einem bisher „nie dagewesenen Ereignis“. Die völlig dehydrierten und unterernährten Überlebenden wurden in einem Flüchtlingslager der mauretischen Regierung erstversorgt, bevor sie innerhalb von 48 Stunden wieder in ihr Herkunftsland abgeschoben wurden.

Schon einen Tag später erreichten sechs Boote mit insgesamt über 300 senegalesischen Flüchtlingen die Kanarischen Inseln. Von den Insassen eines Bootes fehlt bislang jede Spur, da die Polizei es verlassen an der Küste vorgefunden hatte.

### >> Portugiesisches Parlament debattiert Haushalt 2008

Der neue Vorsitzende der Parlamentsfraktion der konservativen PSD, Pedro Santana



Lopes (Foto), hatte seinen ersten großen Auftritt im Parlament von Lissabon. Der ehemalige portugiesische Ministerpräsident nutzte dabei die Debatte über den Haushalt 2008 zur Generalabrechnung mit der Regierung des sozialistischen Premierministers José Sócrates. Diese gaukle mit ihrer Veranschlagung des Haushaltes falsche Tatsachen vor. Deshalb müsse eine Untersuchungskommission installiert werden, um die Zahlen zu prüfen. Gleichzeitig klagte Santana Lopes die Regierung Sócrates der Lüge an. Sie gehe von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,2 Prozent aus, auch wenn der Internationale Währungsfonds für das nächste Jahr ein geringeres wirtschaftliches Wachstum vorausgesagt habe, so Santana Lopes. Wichtig sei eine Politik, die auf Wachstum und die Mehrung des Wohlstandes ausgelegt sei.

Mit seiner Aussage, die Ausgabenpolitik der Regierung sei „sehr unflexibel“ und weiche weit von der Erreichung dieser Ziele ab, ließ der ehemalige Regierungschef viel Raum zur Interpretation. Eine der Hauptkritikpunkte, die man ihm während seiner Zeit als Lissaboner Bürgermeister und seiner nur achtmonatigen Amtszeit als Ministerpräsident zwischen 2004 und 2005 entgegengebracht hatte, war der, nicht ausreichend auf fiskale Austerität und Rigidität zu achten. Über die Vergangenheit, so Santanas Lopes,

**NEWSLETTER**

**AUS MADRID**

AUSGABE 35 |

12. NOVEMBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

wolle er jedoch nicht sprechen, sondern sie lieber den Historikern überlassen.

Ministerpräsident José Sócrates entgegnete, es sei „eine bittere Ironie“, dass der einstige Ministerpräsident die Geschichte nicht thematisieren wolle, da er selbst diese personifiziere. Die Rückkehr Santana Lopes´ auf die parlamentarische Bühne bringe ihm „traurige Erinnerungen“.

Der neue PSD-Parteichef Luis Filipe Menezes



(Foto) zeigte sich mit dem Auftritt Santana Lopes´ „sehr zufrieden“.

Er wies auf die gravierenden Probleme hin, die das Land habe. So befänden sich 600.000 Menschen auf den Wartelisten für Operationen und die Kaufkraft nehme beständig ab. Angesichts dieser Probleme sei die Thematisierung der Vergangenheit durch Sócrates ein „Rauchvorhang“, der vom eigenen Scheitern ablenken solle. Deshalb werde der Ministerpräsident mit dem Haushalt 2008 sein „Waterloo“ erleben.



**Impressum**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Madrid  
V.i.S.d.P: Michael Däumer  
Redaktion: Michael Däumer/  
Sebastian Grundberger/ Johannes Herz/ Oliver Krumme  
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
Web: [www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)